

Kleine Anfrage

der Abgeordneten von Schmude, Lintner, Böhm (Melsungen), Graf Huyn, Kittelmann, Dr. Kunz (Weiden), Schulze (Berlin), Voigt (Sonthofen), Werner, Frau Dr. Wisniewski, Ronneburger, Dr. Feldmann, Schäfer (Mainz) und den Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Berufliche und soziale Eingliederung von Deutschen aus der DDR

Bedingt durch den großen Zuzug von Deutschen aus der DDR stellt sich die Frage, ob die bisher vorgesehenen Maßnahmen zu ihrer beruflichen und sozialen Eingliederung ausreichen.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wieviel Deutsche aus der DDR sind im ersten Halbjahr 1984 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen?
2. Wie groß ist dabei der Anteil von Familien?
Wieviel Minderjährige befanden sich unter den Zugewanderten?
Wie groß war der Anteil an Schülern und Studierenden?
3. Um welche Altersgruppen handelt es sich?
4. Wie lange dauerte der durchschnittliche Aufenthalt in den Notaufnahmehäusern?
5. Welche anschließende Aufteilung auf die einzelnen Bundesländer ergab sich?
6. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, nach welcher Wartezeit Wohnungen außerhalb von Lagern oder ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden?
7. Wie groß ist der Anteil mit beruflicher Vorbildung, und um welche Berufsgruppen handelt es sich im wesentlichen?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die berufliche Vorbildung im Hinblick auf die gegenwärtige Arbeitsmarktlage und die Arbeitswilligkeit der Zugewanderten, insbesondere ihre Bereitschaft zur Mobilität?
9. Wie schnell konnte ein Arbeitsplatz vermittelt werden, und wie groß ist der Anteil, der auf Dauer wahrscheinlich nicht vermittlungsfähig sein wird?

10. In welchem Umfang erfolgte die berufliche Eingliederung im bisherigen Beruf, und war ggf. die Bereitschaft vorhanden, den Beruf zu wechseln?
11. In welchem Umfang wurde von Umschulungsmaßnahmen Gebrauch gemacht?
12. Welcher Prozentsatz erhält den Flüchtlingsausweis C? Gibt es bei den Ablehnungen von Anträgen auf Erteilung dieses Ausweises regionale Unterschiede bei der Begründung und im prozentualen Anteil?
13. Welcher Prozentsatz erhält Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe?
14. Wie hoch ist der Anteil von Studenten, Abiturienten und Schülern? Welche besonderen Probleme ergeben sich für diesen Personenkreis, und welche Maßnahmen sind zur Lösung dieser Probleme vorgesehen?
15. Sieht die Bundesregierung schon jetzt die Notwendigkeit, den Katalog der Eingliederungsmaßnahmen zu überprüfen?

Bonn, den 10. Oktober 1984

von Schmude

Lintner

Böhm (Melsungen)

Graf Huyn

Kittelmann

Dr. Kunz (Weiden)

Schulze (Berlin)

Voigt (Sonthofen)

Werner

Frau Dr. Wisniewski

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Ronneburger

Dr. Feldmann

Schäfer (Mainz)

Mischnick und Fraktion